

Washingtons arabische Marionetten – Wie sie Israels Interessen dienen

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Morgen, ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 11. September 2025 aus Kalamata, Griechenland. Heute konzentrieren wir uns auf den Angriff Israels auf Katar und die Gefahr einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen dem Iran und Israel. Um diese Themen zu diskutieren, freuen wir uns, heute zum ersten Mal Dr. Foad Izadi bei uns zu haben. Dr. Izadi ist außerordentlicher Professor am Institut für Amerikanistik der Fakultät für Kriegsforschung der Universität Teheran, wo er Master- und Doktorandenkurse in Amerikanistik unterrichtet. Seine Forschungs- und Lehrinteressen sind interdisziplinär und konzentrieren sich auf die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran sowie auf die öffentliche Diplomatie der USA. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind, Dr. Izadi.

Dr. Foad Izadi (FI): Danke. Vielen Dank für die Einladung.

DL: Ich möchte unsere heutige Diskussion daher mit einigen Fragen zum israelischen Angriff auf Katar am Dienstag dieser Woche beginnen. Die vom Westen unterstützten arabischen Regime haben zumindest rhetorisch scharf auf diesen Angriff reagiert. Das katarische Regime selbst bezeichnete den Angriff als Staatsterrorismus und schwor Vergeltung. Das saudische Regime verurteilte den Angriff auf das Schärfste und bot Katar seine gesamte Unterstützung bei der Beantwortung des Angriffs an, was die mögliche Schlussfolgerung nahelegt, dass es sogar bereit wäre, militärische Unterstützung für eine Art physische Vergeltungsmaßnahme gegen die Aggression Israels zu leisten. Bis jetzt haben die vom Westen unterstützten arabischen Regime, da sind sich wohl die meisten objektiven Beobachter einig, fast nichts unternommen, um Israels Aggression einzudämmen. Glauben Sie, dass die arabischen Autokratien endlich bereit sind, echte Maßnahmen zu ergreifen, um Israels Aggression einzudämmen, oder erwarten Sie, dass ihre Erklärungen im Wesentlichen

nur Theater sind?

FI: Ich glaube nicht, dass sie etwas Ernstzunehmendes unternehmen werden. Meiner Meinung nach haben sie in den letzten zwei Jahren Israel bei dem Völkermord in Gaza unterstützt. Wir haben Menschen aus den VAE, die als Ärzte oder Krankenschwestern in Gaza für Israel spionieren. Die VAE haben formelle diplomatische Beziehungen aufgenommen und vor einigen Monaten den israelischen Präsidenten offiziell empfangen. Es gibt christliche Zionisten, jüdische Zionisten und muslimische Zionisten. Und die Menschen, die die Vereinigten Arabischen Emirate regieren, sind muslimische Zionisten. Sie haben nicht nur nichts gegen den Völkermord und die Morde einzuwenden, sondern sind auch so sehr von den Vereinigten Staaten und den westlichen Mächten abhängig, dass sie bereit sind, alles für Israel zu tun. Und genau das haben sie auch getan. Die saudische Regierung befindet sich mehr oder weniger in derselben Situation. Sie unterhalten seit den 1960er Jahren Beziehungen zu Israel. Sie haben die Normalisierung der Beziehungen zu Israel nicht offiziell bekannt gegeben, aber sie arbeiten mit Israel zusammen. Es gibt Dutzende israelischer Firmen, die in Saudi-Arabien tätig sind, umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen und einen Austausch von Geheimdienstinformationen. Wenn Israel den Jemen bombardiert, was in den letzten Wochen, einschließlich gestern, häufiger vorgekommen ist, dann tut es dies mit Hilfe der saudischen Regierung.

Wenn also jemand erwartet, dass diese Marionettenregierung etwas Ernsthaftes unternimmt, wird er enttäuscht werden. Sie folgen vollständig den Anweisungen, die aus Washington kommen. Katar hat angekündigt, eine Milliarde Dollar in den Vereinigten Staaten zu investieren. Sie stellen Präsident Trump ein Flugzeug zur Verfügung. Aber sie können nicht einmal dafür sorgen, dass die Israelis ihr Versprechen einhalten. Die Israelis hatten den Kataris versprochen, nicht gegen die Hamas vorzugehen. Und dann haben sie dieses Versprechen gebrochen. Wir befinden uns also in einer miserablen Lage in diesem Teil der Welt, weil einige der Herrscher an ihren nationalen Belangen nicht interessiert sind. Sie lassen die westlichen Mächte ihre Ressourcen plündern, solange sie an der Macht bleiben. Sie sind zu allem bereit. Leider.

DL: Die Ansicht, die Sie gerade geäußert haben und die viele unserer Gäste im Laufe der Jahre in der einen oder anderen Form mit voller Berechtigung geäußert haben, wirft die Frage auf, an wen sich diese Autokraten mit ihrer Rhetorik wenden. Die naheliegendste Möglichkeit ist meiner Meinung nach, dass sie sich an ihre eigenen Wähler wenden, weil sie versuchen, die Bürger ihres Landes davon zu überzeugen, dass sie die Ehre der arabischen Völker, die Würde der Palästinenser, das Völkerrecht und alle übrigen Aspekte wirklich ernst nehmen. Oder vielleicht richten sie sich an ein westliches Publikum, um den Eindruck zu vermitteln, dass sie tatsächlich souveräne und unabhängige Führer ihrer eigenen Länder sind. Was glauben Sie, wollen sie mit dieser Art von Rhetorik erreichen? Und wenn Sie glauben, dass sie tatsächlich versuchen, die Wogen in ihren eigenen Ländern zu glätten, wie groß schätzen Sie das Risiko derzeit ein? Und das ist meiner Meinung nach die wichtigste Frage, die ich Ihnen stellen möchte: Angesichts des Ausmaßes und der Art der israelischen Aggressionen, die sich nun gegen eine Autokratie am Golf richten, wie groß schätzen Sie das

Risiko einer echten politischen Instabilität in diesen Ländern ein, einer politischen Instabilität, die ihre Herrschaft tatsächlich gefährden könnte?

FI: Ich glaube nicht, dass sie derzeit ernsthaft in Gefahr sind, da sie die Opposition mit israelischer Hilfe zerschlagen haben. Ein Grund, warum sie von Israel abhängig sind, ist die Verwendung israelischer Technologie, Spionagetechnologie, um mit ihrem Reichtum jegliche Opposition zu unterdrücken. Es ist also eine Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche. Und mit der Hilfe Israels und der Vereinigten Staaten waren sie mehr oder weniger erfolgreich bei der Sicherung ihrer Herrschaft. Es handelt sich um Monarchien, daher gibt es keine Wahlen. Es gibt keinerlei politische Freiheit. Der Monarch entscheidet, was zu tun ist. Und die Menschen müssen gehorchen. Und wenn sie das nicht tun, denken Sie daran, was mit dem Journalisten Khashoggi passiert ist: Die Saudis haben ihn mit einer Kettensäge getötet. Erinnern Sie sich an das saudische Konsulat vor ein paar Jahren?!

DL: Ja. Die Washington Post...

FI: Das ist also die Art von Regime, mit der wir es zu tun haben. In diesem Sinne machen sie sich also keine Sorgen um Instabilität. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass die Zahl der einfachen Bürger viel größer ist als die der Monarchen. Und wenn Menschen so gedemütigt werden, wie sie es früher oder später werden – und ich denke eher später als früher –, dann erkennen sie, dass das keinen Nutzen hat: Wenn man über all diesen Reichtum verfügt, sollte man ihn für das Wohl seines Landes einsetzen, vielleicht anderen auf internationaler Ebene helfen, anstatt eine Herrscherfamilie diese Ressourcen plündern und an westliche Mächte verschenken zu lassen. Und viele Menschen erkennen das. Wenn also dieser Völkermord weitergeht und die Menschen die Bilder im Fernsehen sehen und erkennen, dass ihre Regierungen nicht nur nichts unternehmen, um den Völkermord zu stoppen, sondern sogar die Israelis unterstützen, dann wird es meiner Meinung nach später, nicht in naher Zukunft, zu einer Situation kommen, in der die Menschen realisieren, dass sie diese Monarchen vielleicht loswerden müssen. Vielleicht ist es Zeit für Demokratie in diesen Ländern. Das wird eine schwierige Aufgabe, weil Katar etwa 10.000 amerikanische Soldaten in dieser amerikanischen Basis beherbergt. Die Vereinigten Arabischen Emirate und all diese anderen Länder sind mehr oder weniger von den Vereinigten Staaten besetzt. Und es scheint nicht wie ein besetztes Land, weil alles normal aussieht, aber sie sind tatsächlich von den Vereinigten Staaten besetzt. Und wenn ein Land von einer fremden Macht besetzt ist, und wenn diese fremde Macht die Vereinigten Staaten sind, ist es nicht einfach, diese fremde Macht loszuwerden.

DL: Das gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten. Ich möchte Ihnen ein wenig über diese Kontroverse erzählen, die derzeit in der arabischen Welt über die genauen Kenntnisse des katarischen Regimes zum relevanten Zeitpunkt besteht. Fast unmittelbar nach dem Angriff gab es einen Bericht. Ich glaube, es war in der Times of Israel, wahrscheinlich auch in anderen israelischen Medien, dass die Trump-Regierung sowohl grünes Licht für den Angriff gegeben, als auch das katarische Regime im Voraus über den bevorstehenden Angriff informiert hatte. Die Katarer bestritten dies daraufhin vehement und sagten, dass sie zwar eine sogenannte Benachrichtigung – sie nannten es nicht Warnung – erhalten hätten, diese

Benachrichtigung der USA über den israelischen Angriff jedoch erst nach Beginn der Explosionen zugestellt worden sei. Das ist ziemlich merkwürdig, denn welchen Nutzen hätte diese Benachrichtigung für die Katarer gehabt, wenn sie erst während des Angriffs darüber informiert worden wären? Und natürlich gibt es auch den Faktor, dass die Luftabwehr Katars offenbar überhaupt nicht aktiviert wurde. Es gab offenbar keinen Versuch, diese Raketen oder die Kampfflugzeuge, die diese Raketen abgefeuert haben, abzuschießen. Und heute Morgen oder gestern hat ein Kolumnist namens Hagai Amit in der liberalen israelischen Zeitung Haaretz tatsächlich argumentiert, dass die Katarer wahrscheinlich nicht nur im Voraus von dem Angriff wussten, sondern ihn sogar zugelassen haben. Amit argumentiert unter anderem, dass Katar eine Investition in Höhe von einer Billion Dollar in die Vereinigten Staaten zugesagt hat. Und natürlich gibt es diese riesige Militärbasis nur wenige Dutzend Kilometer von Doha entfernt und so weiter. Sein Argument ist, dass die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Beziehungen zu Katar nicht gefährden wollte, indem sie diesen Angriff zuließ und ihn möglicherweise sogar ohne ihre Zustimmung ermöglichte. Mir ist bewusst, dass ich Sie bitte, zu etwas Stellung zu nehmen, über das wir nur begrenzte Informationen haben, aber was denken Sie? Halten Sie es für wahrscheinlich, dass die Katarer tatsächlich vor Beginn des Angriffs davon wussten und ihn zugelassen haben?

FI: Ich glaube, dass dies eine gemeinsame Operation der USA und Israels war. Dessen können wir uns meiner Meinung nach zu 100 % sicher sein. Diese Flugzeuge nutzen den jordanischen und saudischen Luftraum, was eine Koordination erforderte. Die USA mussten diese Länder dazu bewegen, den israelischen Flugzeugen die Durchfahrt nach Katar zu gestatten. Ohne die Koordination durch die USA wäre das meiner Meinung nach nicht möglich gewesen. Dann mussten diese Flugzeuge auftanken, weil die F-35, die beste Version der F-35, eine Reichweite von etwa 2.100 Kilometern hat. Die Entfernung zwischen dem besetzten Palästina und Katar ist jedoch viel größer, sodass ihnen etwa 1.000 Kilometer Treibstoff fehlten, um nach Katar zu fliegen und wieder zurückzukehren. Auf dem Rückweg mussten sie also auftanken. Wir haben einige Berichte, dass britische Tankflugzeuge, die in Katar stationiert waren, zum Betanken dieser Flugzeuge für den Rückflug eingesetzt wurden. Und angesichts der amerikanischen Basis dort können solche Vorgänge nicht ohne das Wissen, sondern nur mit der Koordination der Vereinigten Staaten stattfinden. So viel ist sicher. Wie viel die katarische Regierung wusste, können wir meiner Meinung nach nur vermuten, weil Sie sagten, dass wir nicht alle Informationen haben. Ich denke, sie wurden vorab gewarnt, um sie wissen zu lassen, dass dies die Absicht der Israelis ist, dass ihnen ein Blankoscheck ausgestellt wurde und dass sie dies nun tun werden. Sie haben den Katarern eröffnet, dass dies geschehen wird und dass sie mit dieser Entscheidung leben müssen. Und sie haben nicht die Leute bekommen, die sie wollten. Da gab es also ein Problem. Ob dies nun von Katar gesteuert wurde, angesichts der Tatsache, dass sie im Voraus Kenntnis davon hatten, dass sie andere Hamas-Leute und nicht die oberste Führung an dem Ort hatten, der getroffen wurde – im Allgemeinen sind die Israelis gut darin, die gewünschten Personen zu treffen. Wenn sie also auf diese Weise daneben schießen, zeigt das, dass etwas schiefgelaufen ist, und es könnte sein, dass die Katarer entschieden haben, dass sie nicht wollen, dass diese oberste Führung getötet wird, und dies taten, weil sie vorher davon wussten; das sind Punkte, die früher oder später zu Tage kommen werden. Aber ich denke, der erste Teil meiner

Aussage ist zu 100 % richtig, bei den anderen müssen wir abwarten und sehen.

DL: Ich möchte ein wenig über die Reaktion der Europäischen Union auf diesen Angriff der Israelis auf Doha sprechen und sie mit der Reaktion der EU vergleichen, als Israel letztes Jahr Ismail Haniyeh in Teheran getötet hat. Damals weigerte sich die EU, Israel zu verurteilen, und schien in ihrer Erklärung sogar anzudeuten, dass der israelische Angriff als Vergeltungsmaßnahme und Selbstverteidigung gerechtfertigt sei. Als Israel jedoch dieses Mal Katar angriff, verurteilte die EU den Angriff Israels als Verstoß gegen das Völkerrecht. Bei Israels Angriff auf Ismail Haniyeh in Teheran wurde keine solche Sprache verwendet. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für diese unterschiedliche Reaktion auf die beiden Angriffe?

FI: Katar gehört zu ihrer Seite. Das Problem ist, dass auch Israel zu dieser Seite gehört. Daher mussten sie eine ausgewogenere Erklärung abgeben, da Katar viel in westliche Regierungen und westliche Länder investiert hat. Sie setzen in diesen westlichen Regierungen in großem Umfang PR-Firmen ein. Daher ist die weiche Macht stärker ausgeprägt. Und Katar – ich weiß nicht, ob Sie daran teilgenommen haben – veranstaltet fast jedes Jahr das Doha-Forum, den Doha-Dialog. Und sie laden all diese westlichen Politiker und Denkfabriken ein. Es ist also ein Fest. Sie nutzen das Sheraton Hotel. Sie bezahlen die Reisen. Diese westlichen Regierungen, Beamten, Experten von Denkfabriken und Medienpersönlichkeiten haben also persönlich vom Budget Katars profitiert. Und deshalb sieht man eine andere Art der Behandlung, wenn es um Katar geht. Aber das ändert nichts an der grundlegenden Rechnung. Die Hauptüberlegung ist, dass Israel jeden Ort in diesem Teil der Welt nach Belieben angreifen kann. Sie können mehr als 60.000 Menschen in Gaza töten. Sie können Menschen hungern lassen. Sie können einen Völkermord begehen. Und die Menschen haben nur eine Wahl: zuschauen. Sie können den Völkermord live im Fernsehen verfolgen. Das wird sich nicht ändern.

DL: Dr. Izadi, ich möchte nun zu einem anderen Thema übergehen und mit Ihnen über die Beziehungen der iranischen Regierung zur Internationalen Atomenergie-Organisation sprechen. Am Dienstag dieser Woche gaben die IAEA und der Iran bekannt, dass sie eine Einigung über die Wiederaufnahme der Inspektionen iranischer Nuklearstandorte erzielt haben, darunter auch diejenigen, die im Juni dieses Jahres von den Vereinigten Staaten illegal bombardiert wurden. Und ich selbst war etwas überrascht über diese Entwicklung, denn angesichts des Misstrauens der iranischen Regierung gegenüber der IAEA und dem offensichtlichen Verdacht, dass die IAEA Informationen über das iranische Atomprogramm und seine Atomwissenschaftler an Israel weitergegeben, sowie die Tatsache, dass die IAEA eine Entscheidung getroffen hat, ich glaube, es war am Tag bevor Israel im Juni seine Angriffe auf den Iran begann, die Israel effektiv für Propagandazwecke nutzte, um seine Angriffe zu rechtfertigen, hätte ich gedacht, dass die iranische Regierung angesichts all dieser Umstände nicht geneigt sein würde, IAEA-Inspektoren die Rückkehr in das Land zu gestatten. Ich bin neugierig zu erfahren, warum Sie glauben, dass die iranische Regierung nun beschlossen hat, der IAEA tatsächlich zu vertrauen.

FI: Ich denke, dafür gibt es zwei Gründe. Ein Grund ist, wie Sie wissen, dass wir eine reformorientierte Regierung in der Exekutive haben. Dr. Peseschkian ist ein

reformorientierter Kandidat. Er hat sich für den Dialog mit dem Westen eingesetzt. Er hat gesagt, dass er die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wieder aufnehmen wird. Dr. Araghtschi ist ein reformorientierter Außenminister. Das ist der politische Hintergrund, aus dem sie kommen. Verhandlungen mit dem Westen oder der IAEO oder solchen Personen sind für sie überhaupt kein Problem, weil sie diese Philosophie haben. Aber wenn Sie Dr. Araghtschi fragen, warum er so gehandelt hat, wird er Ihnen Folgendes sagen: In wenigen Wochen tritt der Snapback-Mechanismus in Kraft, was bedeutet, dass die wegen des Atomabkommens ausgesetzten UN-Sanktionen wieder in Kraft treten. Das bedeutet, dass die wegen des Atomabkommens ausgesetzten UN-Sanktionen wieder eintreten – wissen Sie, im JCPOA, dem Atomabkommen, gab es die Artikel 36 und 37, die es den Europäern und Amerikanern ermöglichten, diese Sanktionen jederzeit wieder einzuführen, was keine gute Idee war, aber so haben sie das Abkommen erreicht – also wird er Ihnen sagen, dass wir, um das zu vermeiden – da eine der Forderungen der Europäer die Rückkehr der IAEO-Inspektoren in den Iran ist –, ein Abkommen unterzeichnet haben, damit diese Leute zurückkommen können, aber wir werden sie nicht hineinlassen, bis wir sicher sind, dass dieser Snapback-Mechanismus nicht angewendet wird.

Der 16. Oktober ist also nicht mehr weit entfernt, denn an diesem Tag würde die Anwendung eines Snapbacks nicht mehr zulässig sein, da dies der 10. Jahrestag der UN-Resolution 2231 ist. Wenn also bis zum 16. Oktober keine Rücknahme erfolgt, kann dies nicht mehr erfolgen, weil die Resolution 2231 dann ausläuft und alle aufgehobenen Sanktionen weiterhin aufgehoben bleiben. Um den 16. Oktober zu überstehen, hat die iranische Regierung meiner Meinung nach beschlossen, die IAEO-Inspektoren wieder in den Iran zu lassen, wenn kein Snapback-Mechanismus angewendet wird. Wenn jedoch die Europäer unter dem Druck der USA oder aus eigenen Gründen beschließen, einen Snapback durchzuführen, glaube ich nicht, dass die Vereinbarung, die Sie in Kairo getroffen haben, tatsächlich umgesetzt wird. Die iranische Seite hat dafür gesorgt, dass keine Termine festgelegt wurden. Es gibt also die Verpflichtung, dass die IAEO-Inspektoren in den Iran zurückkehren, aber es gibt keine festgelegten Termine, an denen sie zurückkehren würden, sodass der Iran den 16. Oktober überstehen kann und sie, wenn der Snapback nicht angewendet wird, einreisen lassen würde. Und sollte der Snapback eintreten, so hat der iranische Außenminister erklärt, dass das Abkommen seiner Gültigkeit hinfällig wird. Das hat er bei der Unterzeichnung des Abkommens gesagt. Das würde er Ihnen also sagen. Aber mir gefällt nicht, was gerade passiert. Ich glaube, Herr Grossi arbeitet mit den Israelis zusammen. Er besuchte immer Israel, bevor er offiziell in den Iran kam. Er machte keinen Hehl aus seinen Verbindungen zu Israel. Er möchte UN-Generalsekretär werden und glaubt, dass die Israel-Lobby ihm dabei helfen wird. Er ist also kein guter Mensch. Er nutzt sein derzeitiges Amt, um eine höhere Position zu erreichen, und ist bereit, auf seinem Weg dorthin alle ethischen Standards zu verletzen.

DL: Der Außenminister hat in der Tat, und dies wurde unter anderem von der Nachrichtenagentur Reuters berichtet, deutlich gemacht, dass diese Inspektionen nicht wieder aufgenommen werden, wenn die Snapback-Bestimmungen umgesetzt werden. Als Reaktion darauf haben die Europäer, die E3, Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die den

Snapback-Prozess initiiert haben, erklärt, dass sie von einer vollständigen Umsetzung dieser Snapback-Sanktionen absehen werden, sofern der Iran drei Bedingungen erfüllt. Er muss nicht nur die Wiederaufnahme der Inspektionen zulassen, sondern auch Rechenschaft über seine Bestände an hochangereichertem Uran ablegen und Atomgespräche mit den Vereinigten Staaten führen, die offensichtlich die sogenannten Friedensverhandlungen mit dem Iran als Vorwand genutzt haben, um die iranische Regierung und das Militär im Vorfeld eines israelischen Angriffs zu täuschen. Glauben Sie also, dass es realistisch ist, dass die Regierung von Präsident Peseschkian alle drei Forderungen erfüllen wird? Dass sie nicht nur die Wiederaufnahme der Inspektionen zulassen, sondern auch Rechenschaft über das hochangereicherte Uran ablegen und die Atomgespräche mit den Vereinigten Staaten wieder aufnehmen wird?

FI: Ich denke und hoffe, dass sie bis zum 16. Oktober nichts davon tun werden. Sie müssen sicherstellen, dass die Europäer keinen Snapback anwenden. Und sobald der Snapback aufgehoben ist, würden sie meiner Meinung nach IAEO-Inspektoren zulassen. Wenn diese eintreffen, werden sie nach dem angereicherten Uran suchen. Sie werden einige Informationen darüber haben. Und dann waren Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, wie ich bereits sagte, ein Wahlversprechen von Dr. Peseschkian. Ich glaube also nicht, dass er etwas dagegen hat, zu diesen Gesprächen zurückzukehren. Aber wir im Iran hoffen, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und den Amerikanern nicht vertrauen werden. Wir hoffen, dass sie erkennen, dass die Amerikaner ihre Versprechen in der Regel nicht halten. Diese Erfahrung haben wir mit dem JCPOA gemacht. Die Vereinigten Staaten sind aus dem Abkommen ausgestiegen, ohne den Iran zu beschuldigen, gegen das JCPOA verstoßen zu haben, denn der Iran hat seinen Teil des JCPOA erfüllt. Trump ist aus dem Abkommen ausgestiegen, weil er mit Obama im Streit lag. Er sagte, dass dies kein gutes Abkommen sei. Das ist also die Hoffnung, die wir haben, dass die reformistische Regierung hier, wenn sie ihre Wahlversprechen einhalten will, sich zumindest daran erinnert, was im Iran in den letzten Monaten passiert ist.

DL: Soweit ich die Snapback-Sanktionen verstehe, Dr. Izadi, können sie von keinem ständigen Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit einem Veto blockiert werden. Und natürlich wären meiner Meinung nach Russland und China die offensichtlichsten und wahrscheinlichsten Kandidaten, die in diesem Fall ein Veto einlegen würden, wenn ein Veto möglich wäre. Glauben Sie, dass Russland und China die Snapback-Sanktionen im Falle ihrer Umsetzung respektieren würden, oder glauben Sie, dass sie diese einfach ignorieren würden? Und wenn sie sich dafür entscheiden würden, sie zu ignorieren, auf welcher Grundlage würden sie dies tun?

FI: Sowohl Russland als auch China haben offizielle Schreiben an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrats gerichtet, in denen sie erklären, dass die Europäer nicht in der Lage sind, einen Snapback anzuwenden. Und die drei Außenminister, der russische Außenminister, der chinesische Außenminister und der iranische Außenminister, haben letzte Woche, als sie sich in China zum Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation trafen, ein gemeinsames Schreiben verfasst, in dem sie im Wesentlichen dasselbe sagten. Sie führten eine Liste mit

Gründen auf, warum die Europäer keinen Snapback anwenden können. Ein Grund dafür ist, dass man, um Artikel 36 und 37 des JCPOA anzuwenden, auch andere Artikel befolgen muss. Man kann sich nicht einfach das herauspicken, was einem passt. Dies ist eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) aus dem Jahr 1972, wonach ein Land, das Teil eines Abkommens ist, auch andere Artikel befolgen muss, falls es einen Artikel dieses Abkommens anwenden möchte. Und der ICJ ist der Internationale Gerichtshof. Die Europäer haben das Abkommen vor sieben Jahren inoffiziell verlassen. Als Trump das Abkommen offiziell verließ, kamen auch die Europäer ihren Verpflichtungen aus dem JCPOA nicht nach. Sie versprachen dem Iran, sie zu erfüllen, um den Iran zum Verbleib im Abkommen zu ermutigen, aber sie hielten ihre Versprechen nie ein. Tatsächlich blieb der Iran nach Trumps Austritt mehr als ein Jahr lang im Abkommen und wartete darauf, dass die Europäer ihren Teil erfüllten. Die Ausrede der Europäer war, dass ihre Unternehmen unter amerikanischem Druck stünden und sie im Grunde genommen europäische Sanktionen gegen den Iran umsetzten, die eigentlich aufgehoben werden sollten. Nicht weil dies Teil des JCPOA war, sondern weil sie sagten, die Amerikaner würden sie dazu zwingen. Das ist also Punkt Nummer eins.

Der zweite Grund ist, dass die Amerikaner und Israelis die Angriffe auf den Iran unterstützt haben. Bei dem JCPOA ging es also um die Inspektion iranischer Anlagen. Ein Angriff auf eine Atomanlage verstößt gegen die Regeln der IAEA. Er verstößt auch gegen das Völkerrecht. Die Israelis und Amerikaner hatten keine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die einen Angriff auf den Iran erlaubt hätte. Der Iran fiel nie unter Artikel 42 der UN-Charta, der es Mitgliedstaaten erlaubt, Gewalt gegen dieses Land anzuwenden. Und statt nach dem Angriff zu schweigen, erklärte der deutsche Bundeskanzler, Israel würde mit dem Angriff auf den Iran die Drecksarbeit der Europäer erledigen. Sowohl die französische als auch die britische Regierung unterstützten die Angriffe voll und ganz. Der dritte Grund ist, dass der Iran gemäß dem JCPOA eine Anreicherung von 3,67 % vornehmen darf. Und die Europäer – wenn wir von Europäern sprechen, meinen wir Großbritannien, Frankreich und Deutschland – haben vor einigen Wochen eine Erklärung abgegeben, in der sie offiziell sagten, dass der Iran keine Anreicherung vornehmen dürfe. Das ist also ein weiterer Verstoß gegen das JCPOA.

Insgesamt gesehen halten sie sich also nicht nur nicht an ihre Verpflichtungen aus dem JCPOA, sondern sie stimmen sogar voll und ganz mit der Politik der USA und Israels gegenüber dem Iran überein. Und jetzt erinnern sie sich daran, dass ihnen das JCPOA gefällt, und sie einen Artikel aus dem JCPOA nutzen wollen, um alle Sanktionen wieder in Kraft zu setzen. Aus diesem Grund haben sowohl Russland als auch China erklärt, dass sie nicht bereit sind, das JCPOA anzuwenden. Am 28. September, also 30 Tage nach den europäischen Schreiben an den UN-Sicherheitsrat, wird es zu einer weiteren Verletzung kommen, denn wenn man Artikel 36 und 37 anwenden will, muss man ganz bestimmte Schritte unternehmen, bevor man diesen 30-Tage-Brief abgibt, und das haben sie nicht getan, sie haben also nicht einmal das Verfahren im JCPOA befolgt – aber am 28. September hat Südkorea den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat inne. Und wie Sie wissen, folgt Südkorea seit dem Koreakrieg den Anweisungen der USA. Und wenn es um den Iran geht, werden sie sich

den Europäern anschließen. Vor ein paar Wochen wurde der südkoreanische Präsident in Washington von Trump gedemütigt. Das macht er gerne: Trump sagt der südkoreanischen Regierung, dass das Land, auf dem sich die US-Stützpunkte in Südkorea befinden, den Vereinigten Staaten gehören sollte. Das ist es, was Trump jetzt will.

Die Südkoreaner werden also wahrscheinlich eine Resolution verabschieden, die den Wünschen der westlichen Regierungen entspricht. Russland und China werden sich dieser Resolution widersetzen. Sie können kein Veto einlegen, aber sie werden sich dagegen aussprechen. Der UN-Sicherheitsrat hat fünf ständige Mitglieder: Russland, China, Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben kein Mitspracherecht, weil sie offiziell aus dem Abkommen ausgestiegen sind. Im UN-Sicherheitsrat gibt es also zwei Länder, die sagen, dass der Snapback-Mechanismus nicht angewendet werden soll, und zwei Länder, die sagen, dass der Snapback-Mechanismus Anwendung finden soll. Es wird also zu einer Meinungsverschiedenheit innerhalb des UN-Sicherheitsrats kommen. Unter den nicht-ständigen Mitgliedern gibt es einige Länder wie Algerien und Pakistan, die ernsthafte Zweifel daran haben, dass die Europäer einen Snapback-Mechanismus anwenden können. Einige dieser Länder, die nicht-ständige Mitglieder sind, könnten sich also ebenfalls dagegen aussprechen. Was passieren wird, ist, dass die Situation in Bezug auf den Iran mehr oder weniger so bleiben wird, wie sie derzeit ist.

Heute gibt es einige Länder, die unter dem Druck westlicher Regierungen stehen und nicht mit dem Iran zusammenarbeiten, die keinen Handel mit dem Iran betreiben, bevor ein Snapback-Mechanismus angewendet wird. Diese Länder werden also weiterhin nicht mit dem Iran zusammenarbeiten. In dieser Hinsicht gibt es also keine Veränderung. Und dann gibt es heute einige Länder, die mit dem Iran zusammenarbeiten. Der Iran ist Mitglied der BRICS-Organisation. Der Iran ist Mitglied der Shanghai Cooperation Organisation. Wir betreiben Handel mit Mitgliedern dieser Organisationen. Es gibt also diese Süd-Süd-Handelsbeziehungen, die der Iran mit wichtigen Ländern wie China, Russland, Brasilien und anderen Ländern unterhält. Ich denke, dass dieser Handel weitergehen wird, da diese Länder erklärt haben, dass sie einen Snapback nicht akzeptieren, da die Länder, die einen Snapback anwenden wollen, dazu nicht in der Lage sind. Nach dem 16. Oktober werden wir meiner Meinung nach also eine Situation erleben, die mehr oder weniger so bleiben wird, wie sie derzeit ist.

DL: Wenn das also der Fall ist, und das ist meine nächste Frage an Sie zu den Snapback-Bestimmungen, dann scheint Ihre Einschätzung richtig zu sein, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Umsetzung der Snapback-Bestimmungen auf den Iran nicht gravierend wären, sofern die derzeit bestehenden Handelsbeziehungen bestehen bleiben und weiterhin funktionieren, sodass sich die wirtschaftlichen Aussichten für den Iran nicht dramatisch ändern würden. Ist es Ihre Erwartung, dass die Snapback-Bestimmungen keine dramatisch negativen Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft haben würden?

FI: Die iranische Wirtschaft unterliegt Ölsanktionen, aber diese Ölsanktionen stehen nicht im Zusammenhang mit UN-Sanktionen. Es handelt sich um amerikanische Sanktionen, die vom

US-Kongress verabschiedet wurden. Der Iran hat keinen Zugang zum US-Dollar, nicht weil die UN-Sanktionen bestehen, sondern aufgrund der amerikanischen Sanktionen. Die Sanktionen, die der iranischen Wirtschaft Probleme bereitet haben, sind also keine UN-Sanktionen. Es handelt sich um amerikanische Sanktionen. Die UN-Sanktionen betreffen Öl überhaupt nicht. Es gibt keine Öl-Sanktionen, die von der UN verhängt wurden. Es gibt ein paar Bankprobleme, sehr, sehr minimale Bank-Sanktionen. Die ernsthaften Bank-Sanktionen kommen nicht von der UN. Insgesamt betrachtet werden die wirtschaftlichen Auswirkungen also nicht so groß sein, wenn diese Sanktionen zurückkehren, wobei wir, wie gesagt, im UN-Sicherheitsrat uneinig sind, ob sie eintreten können oder nicht. Deshalb versuchen diese Medien, die von Netanjahu und der US-Regierung finanziert werden und die erkannt haben, dass der eigentliche Text der UN-Sanktionen nicht wirtschaftlicher Natur ist, mit Propaganda eine Hysterie über ein Snapback zu erzeugen, um so eine psychologische Wirkung auf die iranischen Märkte zu erzielen. Sie wollen also den Wert des Dollars im Iran erhöhen, indem sie über den Snapback berichten, obwohl der Wert des Dollars nichts mit dem Snapback zu tun hat, indem sie diese psychologische Kriegsführung betreiben, um die iranischen Bürger zu verängstigen, was wirtschaftliche Auswirkungen haben könnte. Aber der eigentliche Text der UN-Sanktionen wird der iranischen Wirtschaft nicht schaden.

DL: Ich möchte unsere Diskussion mit einem Blick auf die militärische Lage im Land und die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der bewaffneten Feindseligkeiten zwischen der Islamischen Republik und der völkermörderischen israelischen Entität abschließen. In den alternativen Medien gibt es zahlreiche Spekulationen, dass das iranische Militär einen Präventivschlag gegen Israel vorbereitet, weil Israel offensichtlich weiterhin eine sehr feindselige Haltung gegenüber dem Iran einnimmt und allgemein davon ausgegangen wird, dass es den Iran irgendwann erneut angreifen wird. Glauben Sie, dass es realistisch ist, dass das iranische Militär aus diesen Gründen einen Präventivschlag durchführen könnte?

FI: Nein, im Iran haben wir diesen Nationalen Sicherheitsrat. Er wird vom Präsidenten, Dr. Peseschkian, geleitet. Zehn Mitglieder dieses Nationalen Sicherheitsrats haben Stimmrecht. Sie können über diese Fragen abstimmen. Fünf dieser zehn Mitglieder gehören der Exekutive an. Das sind also der Präsident und vier Minister, der Außenminister, die Geheimdienstminister, andere, der Verteidigungsminister. Diese gehören alle zur Exekutive. Und dann sind da noch die anderen fünf, wenn die Exekutive eine weitere Stimme von anderen Mitgliedern erhält, zum Beispiel vom Vorsitzenden des iranischen Parlaments oder vom Vorsitzenden der iranischen Justiz – das sind die anderen fünf –, wenn sie also eine weitere Stimme erhalten, werden es sechs. Daher ist es für die Exekutive nicht sehr schwierig, die Verteidigungspolitik und Militärpolitik des Iran zu leiten. Genau das sagt Dr. Peseschkian fast jeden Tag, dass wir nicht kämpfen wollen. Wie ich bereits sagte, handelt es sich um eine reformistische Regierung.

Ich glaube also nicht, dass sie einen Präventivschlag durchführen werden, aber sie sind sich bewusst, dass solche Angriffe auf den Iran weitergehen werden, solange die Kosten für die Israelis und Amerikaner nicht zu hoch sind, weil wir wissen, dass Israelis und Amerikaner

keine ethischen Standards haben. Ihre militärischen Kapazitäten sind enorm, und sie mögen den Iran nicht. Und Trump wird die nächsten dreieinhalb Jahre im Weißen Haus bleiben, wenn er nicht mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert wird. Ich denke also, dass die iranischen Führer, einschließlich dieses reformistischen Präsidenten, davon ausgehen, dass die Reaktion viel größer ausfallen muss, wenn der Iran erneut angegriffen wird, um solche Angriffe zu verhindern. Der Iran hat dies bereits einmal erlebt: Die Israelis haben früher auf iranische Schiffe geschossen. Daraufhin hat der Iran vor einigen Jahren begonnen, auf israelische Schiffe zu schießen. Daraufhin hörten die Israelis auf. Das ist also die einzige Sprache, die sie verstehen, die Sprache der Gewalt. Ich denke, die Entscheidung lautet diesmal, dass sie auf israelische Angriffe viel entschlossener reagieren werden. Aber es wird kein Präventivschlag sein, davon gehe ich nicht aus.

DL: Was die Schwere der Reaktion angeht, so warnte der Iran vor drei Wochen, dass er neuere und bessere Raketen mit weitaus größeren Fähigkeiten als bisherige Raketen entwickelt habe und dass er diese zweifellos einsetzen werde, sollte der zionistische Feind erneut ein Abenteuer wagen. Hat das iranische Militär weitere Informationen über die Art dieser Fähigkeiten, dieser neueren Fähigkeiten, bekannt gegeben, oder ist das alles, was wir über diese neueren Raketen wissen?

FI: Aus offensichtlichen Gründen haben sie das nicht getan. Aber Menschen lernen dazu. In diesem zwölf Tage dauernden Krieg, einem dem Iran aufgezwungenen Krieg, haben die Israelis Abschussrampen angegriffen, diese Abschussrampen für ballistische Raketen. Vor einigen Tagen wurde ein Video geteilt. Ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben, in dem ballistische Raketen aus dem Boden kommen. Es gibt keine Abschussvorrichtungen. Die technischen Kapazitäten des Iran sind also umfangreich. Und sobald sie erkennen, dass sie in einem Bereich verwundbar sind, werden sie Wege finden, um sicherzustellen, dass diese Verwundbarkeit beseitigt wird. Der Iran unterscheidet sich also von Katar, Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese Länder zahlen Milliarden von Dollar, und wenn sie diese Waffen brauchen, sind sie nicht verfügbar. Der Iran unterscheidet sich davon. Die Raketen des Iran werden im eigenen Land mit einheimischer Technologie hergestellt. Deshalb mögen sie den Iran nicht. Sie wollen eine Melkkuh. Und man kann nur eine Melkkuh sein, wenn man völlig von der anderen Seite abhängig ist.

DL: Meine letzte Frage an Sie, Dr. Izadi, ist folgende: Ich war im Mai dieses Jahres in Teheran, um am Sobh Media Festival teilzunehmen, und ich war ziemlich beeindruckt – weil zu diesem Zeitpunkt feindselige Äußerungen seitens der Trump-Regierung und des israelischen Regimes gegenüber dem Iran eintrafen –, ich war beeindruckt von der Ruhe in der Stadt. Aus meiner Sicht, weil ich noch nie in einer so großen Stadt gelebt habe, es ist eine riesige Stadt, die meiner Meinung nach recht gut organisiert war. Ich bin mit der U-Bahn gefahren und habe nur sehr wenige Polizisten auf den Straßen gesehen. Und wirklich, es war in diesem Zusammenhang ziemlich überraschend zu erleben, dass eine so große, komplexe Stadt wie Teheran so normal funktioniert. Hat sich das Leben in der Hauptstadt seit dem sogenannten Zwölf-Tage-Krieg mehr oder weniger normalisiert, oder hat sich das tägliche Leben der Menschen durch diesen Krieg erheblich verändert?

FI: Nein. Wenn Sie heute nach Teheran kämen, würden Sie dasselbe erleben. Wir sehen keinen Unterschied zwischen der Zeit vor und nach dem Krieg. Während dieser zwölf Tage haben einige Menschen die Stadt verlassen, andere sind geblieben. Diejenigen, die geblieben sind, haben die Stadt im Grunde genommen mehr genossen, weil weniger Verkehr war. Auch während dieser zwölf Tage war ich in Teheran. Die Menschen im Iran haben eine Kultur des Widerstands. Man muss kein Anhänger der iranischen Regierung sein, um diese Kultur zu leben. Denn selbst Menschen, die die Regierung nicht mochten, haben erkannt, dass der Iran mitten in den Verhandlungen angegriffen wurde. Zwei Tage nach dem Angriff sollte die sechste Verhandlungsrunde stattfinden. Die Angriffe geschahen also zwei Tage vor der nächsten Verhandlungsrunde. Witkoff hatte offiziell erklärt, dass er sich während dieser Angriffe in Maskat aufhalten würde. Trump hatte wenige Stunden vor den Angriffen in einem Tweet geschrieben, dass er hoffnungsvoll sei, dass die Verhandlungen positiv verlaufen würden. Jetzt wissen wir natürlich, dass diese Verhandlungen eine Täuschungsoperation waren, um die iranische Seite zu überraschen. Aber die Menschen haben das erkannt. Als die Angriffe stattfanden, kam es also zu einem Rally-around-the-Flag-Effekt (Stunde der Exekutive) unter allen Menschen. Das Ziel dieser Angriffe war ein Regimewechsel. Deshalb griffen sie den iranischen Rundfunk, Fernsehsender und das Gefängnis an. Wenn man sich Sorgen um Nuklearanlagen macht, greift man Nuklearanlagen an. Nicht ein Gefängnis. Sie griffen die Tür des Gefängnisses an, um die Gefangenen ausbrechen zu lassen, vielleicht um zum Fernsehsender zu gehen und diesen zu übernehmen, aus welchem Grund auch immer. Die Menschen haben also erkannt, dass Netanjahu einen Regimewechsel anstrebt. Und selbst diejenigen, die die Regierung nicht mögen, wollen nicht auf derselben Seite stehen wie ein genozidaler Wahnsinniger, von dem jeder weiß, dass er nicht am Wohlergehen des Iran interessiert ist. Er ist nicht einmal am Wohlergehen Israels interessiert, er begeht Völkermord, um an der Macht zu bleiben. So viele Menschen haben das erkannt, und sie fallen nicht auf solche Tricks herein.

DL: Es war mir eine große Freude, heute mit Ihnen zu sprechen, Dr. Izadi, und ich hoffe, wir werden in Zukunft Gelegenheit haben, dieses Gespräch fortzusetzen.

FI: Danke. Kommen Sie nach Teheran, geben Sie mir Bescheid. Wir holen Sie vom Flughafen ab.

DL: Das wäre toll und ich werde es auf jeden Fall tun.

FI: Danke.

DL: Und nun verabschieden wir uns aus Teheran und Kalamata am 11. September 2025.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
